

Sicherheit im Netz

Besuch der Postpolizei

Informationen zur Sicherheit im Netz sind häufig sehr gefragt, gerade weil die Entwicklung in diesem Bereich rasant ist. Um Schulführungskräfte, ZIB-lehrpersonen und Schulsozialpädagoginnen und -pädagogen über die Möglichkeiten der Unterstützung in diesem Bereich zu informieren, lud die Pädagogischen Abteilung und konkret die Mitarbeiterinnen Brigitte Regele und Vera Zwirger zwei Vertreter der Post- und Kommunikationspolizei Bozen, Bruno Mazzurana und Franz Campisi ein. Sie sind für die Südtirol weite Aufklärung und Fortbildung im Bereich der Sicherheit in den digitalen Medien zuständig und kümmern sich gemeinsam mit ihren Kollegen und Kolleginnen in vier Ermittlungsgruppen um Fälle der Informations- und Wirtschaftskriminalität, Kinder- und Jugendpornographie, Cyberbullying, -mobbing und -stalking, Betrugsfälle und Cyberterrorismus.

Cybermobbing

Sie berichten, dass im Netz die Hemmschwelle, andere zu verletzen oder sich selbst darzustellen, gegen null tendiert. Ihnen werden bereits aus den 5. Grundschulklassen Fälle von Cybermobbing und noch Schwerwiegenderem gemeldet, von Lehrpersonen, Schulführungskräften und auch der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Durchaus mit Erfolg: In den vergangenen 3 Jahren wurden zum Beispiel 70 Fälle von Pädophilie angezeigt, 50 Personen durchsucht, 10 davon festgenommen.

Die meisten Mobbingfälle können jedoch bereits innerhalb des Schulsystems gelöst werden. Mithilfe der Lehrpersonen, Schulsozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulführungskräfte oder den Beratern und Beraterinnen der Pädagogischen Beratungszentren der Pädagogischen Abteilung gelingt es meist, mit allen Beteiligten ins Gespräch zu kommen und gute Lösungen zu finden. Falls nicht, kann man sich jederzeit an die Post- und Kommunikationspolizei wenden.

Problematisch sei, so die beiden Beamten, dass Jugendliche sich häufig niemanden anvertrauen, wenn sie gemobbt werden, weil sie hoffen, dass die Beleidigungen oder Verleumdungen von selbst wieder aufhören, Angst haben, nicht ernst genommen zu werden oder dass ihnen der Zugang zum Internet von den Eltern ganz verwehrt werden könnte.

Anzeichen für Schwierigkeiten in den digitalen Medien können Verhaltensänderungen sein, akute Leistungsabfälle in der Schule, der Wunsch, die Schule zu wechseln, Essstörungen oder Selbstverletzung wie „Ritzen“. Auf letzteres kann hinweisen, wenn Jugendliche nicht mehr am Sportunterricht teilnehmen oder auch im Sommer mit zugeknöpften, langärmeligen Blusen und Hemden oder langen Hosen unterwegs sind. Plötzlich auftauchende teure Kleider und Accessoires, vor allem bei bis zu 14-jährigen Mädchen, können darauf hindeuten, dass Pädophile ihnen diese gegen verfängliche Fotos „spendiert“ haben.

Dokumentieren

Beobachtet man etwas Verdächtiges, ist es wichtig, es zu dokumentieren – ein Foto davon zu machen, einen Screenshot, damit man der Polizei eventuell Hinweise geben kann. Und Anzeigen sind die Voraussetzung dafür, dass die Polizei weitreichend ermitteln kann. Fühlt sich jemand verleumdet, kann das häufig nicht angezeigt werden, aber die Polizei kann eine „Ermahnungen“ aussprechen, die meist sehr gut wirkt, weil sie dazu führt, dass der Täter, die Täterin bei einer späteren Anzeige sicher verurteilt wird. Kinder und Jugendliche können ab 14 Jahren selbst bei der Postpolizei Anzeige erstatten, auch wenn die Eltern nicht damit einverstanden sein sollten.

Umgang mit Fotos in den digitalen Medien

Vorsicht sei besonders bei Fotos angeraten. Erwachsene benötigen das schriftliche Einverständnis der Eltern, um Minderjährige zu fotografieren und auch Kinder und Jugendliche solle man anleiten, sich zumindest die mündliche Einwilligung geben zu lassen, wenn sie andere Minderjährige fotografieren wollen.

Alles, was fotografiert wird und auf WhatsApp, in sozialen Medien oder auf Apps erfasst ist, steht der Öffentlichkeit zur Verfügung, kann weitergeleitet, veröffentlicht, verändert werden und bleibt für immer im Netz. Die Sicherheit, dass Fotos nicht in falsche Hände geraten, hat man nie, deshalb sollte man sich immer zwei Mal überlegen, ob man sie posten oder Freunden schicken möchte.

Die beiden Beamten berichten, dass die Hemmschwelle von Jugendlichen, Fotos von sich, auf denen sie nur sehr wenig oder gar nicht bekleidet sind ins Internet zu stellen, gering ist. Oft werden sie von anderen Teilnehmern in Foren dazu aufgefordert, die sich als Gleichaltrige ausgeben. Dahinter stecken häufig Verbrecherbanden, die diese Fotos an Pädophilenringe verkaufen. In Bozen gibt es ein Mädchen, das die Identität wechseln musste und von der Polizei begleitet wird, weil verhängliche Fotos von ihr veröffentlicht und verbreitet wurden.

Immer wieder gibt es auch Fälle, in denen Menschen damit erpresst werden: So zahlte ein Jugendlicher in Südtirol in seiner Verzweiflung 22.000 €, weil er einer scheinbar vertrauenswürdigen Frau ein verhängliches Foto von sich zusandte und diese dann plötzlich drohte, es zu veröffentlichen. In solchen Fällen sei es wichtig, alles zu dokumentieren, sich an die Post-Polizei zu wenden und nicht zu zahlen - das garantiert nicht, dass die Fotos nicht doch veröffentlicht werden.

Auch zukünftige Jobs können Fotos im Internet kosten: In Italien gibt es inzwischen Firmen, die für Arbeitgeber das Netz nach Informationen zu Bewerbern durchsuchen – und wohl schon manchen Jugendlichen die Chancen auf die neue Arbeit ziemlich verdorben haben dürften.

Und sich mit Bekanntschaften aus dem Netz zu treffen, auch zu mehreren, bleibt weiterhin keine gute Idee, da diese in letzter Zeit auch häufig in Waffenbesitz sind.

Rechtliches

Der Austausch verhänglicher Fotos ist strafbar, zum Beispiel kann es sechs bis 24 Monate Freiheitsentzug kosten, jemanden auf der Toilette zu fotografieren und das Foto weiterzuschicken. Die damit verbundene Vorstrafe bleibt ein Leben lang bestehen. Dabei sind die Eltern verantwortlich beziehungsweise mitverantwortlich für das, was ihre Kinder und Jugendlichen ins Netz stellen oder weitersenden, weil sie die Internetverträge unterschreiben. Und die Anzeigen bezüglich Imageschädigung häufen sich, da die Menschen sensibler dafür geworden sind. Ein eventueller Schadensersatz kann durchaus um die 10-20.000 € kosten. Es gibt Apps mit deren Hilfe Eltern die Computer und Smartphones ihrer Kinder kindersicher machen oder nachsehen können, auf welchen Seiten diese unterwegs sind und so ihrer Aufsichtspflicht nachkommen (z. B. screentime). Sie sollten sich auch gut überlegen, wann sie den Kindern ein Smartphone geben und wie sie sie über die Gefahren aufklären.

Die Vertreter der Post- und Kommunikationspolizei stehen für Informationstreffen an Schulen zur Verfügung.

Staatspolizei, Post- und Kommunikationspolizei Abteilung Bozen

Reschenstraße 190,

Tel. 0471531413

App: YOUNPOL (über diese kann man Mobbingfälle an die Polizei melden)

Politel.bz@poliziadistato.it

Pädagogisches Beratungszentrum

Sekretariat des PBZ Bozen,

Amba-Alagi-Str. 10

39100 Bozen

Tel.: +39 0471 41 76 77

Infos für Eltern und Lehrpersonen:

www.netzdurchblick.de/index.html

www.schau-hin.info/informieren/extrathemen/medien-und-kleinkinder.html

<http://elternguide.online/>

www.klicksafe.de/

Bericht: Gudrun Schmid, 20.04.2018